

Soziales und demokratisches Europa – Wo steht die Sozialdemokratie vor der Europawahl?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Ole Erdmann, Björn Hacker, Nils Hindersmann, Sebastian Jobelius, Holger Schoneville

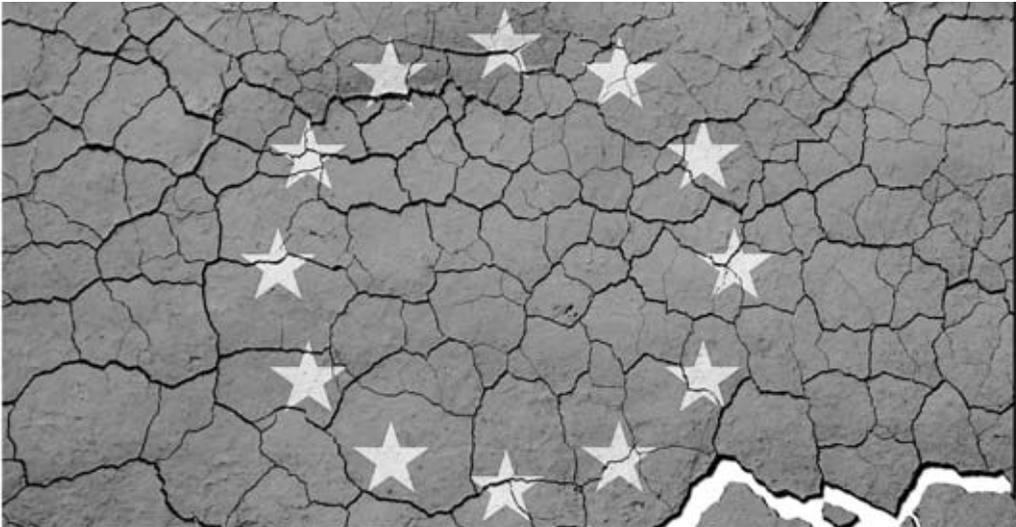


Foto: www.fotolia.com, © richardthausdorf

Gegensätzlicher könnte es nicht sein: Im deutschen Bundestagswahlkampf wurde hinsichtlich europäischer Fragen in den Wohlfühlmodus geschaltet. Eine ernsthafte Beschäftigung mit unterschiedlichen Plänen zur Bekämpfung der Krise der Eurozone stand gar nicht erst zur Debatte. Die von der letzten, schwarz-gelben Bundesregierung und vielen Medien verordnete angebliche Glückseligkeit des eigenen Landes als Musterschüler der Gemeinschaft scheint verfangen zu haben: Was kümmert uns das Elend der anderen?

In den europäischen Hauptstädten blickte man hingegen gespannt auf den Wahlausgang in Berlin sowie auf alle europapolitischen Reaktionen der Koalitionsverhandlungen. In Brüssel liegen seit Wochen alle wichtigen Dossiers zu Reformschritten in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf Eis. Doch auch nach der Bundestagswahl sprüht die deutsche Politik

nicht gerade vor europäischer Begeisterung. Im Gegenteil. Statt ‚Ode an die Freude‘ dreht sich alles um innenpolitische Fragen – Autobahnmaut, Betreuungsgeld, Mindestlohn sind die Stichworte, die im Scheinwerferlicht der Debatte stehen. Die europäischen Fragen stehen indes im Schatten und wurden in den Koalitionsgesprächen zwischen CDU, CSU und SPD in die Unterarbeitsgruppe „Bankenregulierung, Europa und Euro“ verschoben. Schnell wurde klar: solidarische Antworten zur Lösung der Schuldenkrise wird auch die neue Bundesregierung nicht auf den Weg bringen. Immerhin: Die Förderung von Wachstum und Beschäftigung soll stärker in den Vordergrund rücken.

Heute stehen wir auf den Trümmern einer kontraproduktiv wirkenden Austeritätspolitik. Anstatt die wirtschaftliche Erholung, die nach dem Einbruch der Weltwirtschaft in Folge der Finanzkrise im Jahr 2009/2010 langsam ein-

setzte, zu unterstützen, hat die Politik des Kürzens und Privatisierens Wirtschaftskreisläufe unterbrochen, Konsum und Produktion gedrosselt, die Staatseinnahmen reduziert und die Schuldenstände weiter erhöht. Diese fatale Entwicklung wurde von einzelnen Wissenschaftlern und Politikern bereits 2010 prophezeit. Sie wurden dafür als linke Außenseiter abgestempelt. Heute stimmen auch der Internationale Währungsfonds, die OECD und teilweise auch die europäischen Gemeinschaftsinstitutionen selbst in die Kritik mit ein. Doch Veränderungen am herrschenden Krisenmanagement kommen nur in Trippelschritten, wenn überhaupt. Und dies liegt nicht zuletzt daran, dass in Deutschland das Scheitern des Austeritätsskurses auf Basis eines grundfalschen Krisenverständnisses nach wie vor kaum diskutiert wird.

Richtig ist, dass die Krise auch die Notwendigkeit von Strukturreformen aufgezeigt hat. Dazu zählen auch der Aufbau leistungsfähiger öffentlicher Arbeitsverwaltungen, die Modernisierung der beruflichen Bildungssysteme und der öffentlichen Verwaltungen oder die Entwicklung eines regulatorisch und fördertech-nisch unterlegten Rahmens zur Stärkung der industriellen Basis. Für genau diese Reformen fehlt jedoch häufig das Geld. Von den radikalen Vertretern der Austeritätspolitik werden Strukturreformen auf Maßnahmen der „internen Anpassung“ reduziert. Dahinter steht der Abbau des Kündigungsschutzes und gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht in den nationalen Lohnfindungssystemen mit dem Ziel, die sogenannte „preisliche“ Wettbewerbsfähigkeit“ zu verbessern. Auch hier erweisen sich jedoch manche Lehrbuchannahmen als falsch: Während die Löhne in den Krisenländern zwar kräftig gesunken sind, bleibt die Anpassung der Preise zumindest bislang aus.

Auch viele sozialdemokratische Parteien in Europa sind den Paradigmen der Austeritätspolitik gefolgt, so etwa die PASOK in Griechenland, die PSOE in Spanien und die PS in Portugal. Ernüchternd ist, dass die sozialdemokratischen

Parteien in den Vorkrisenjahren in Deutschland und Europa der Verlockung des schnellen Geldes erlegen sind und die Finanzmärkte dereguliert haben. Der durch deregulierte Märkte und billiges Geld hervorgerufene Boom hat auch dazu beigetragen, dass wichtige Strukturreformen nicht angepackt wurden. Nach Ausbruch der Krise hat auch die deutsche SPD nicht den Mut aufgebracht, alternative Politikkonzepte mit Nachdruck zu vertreten oder eindeutige Scheinlösungen zur Krisenüberwindung, wie etwa den Fiskalpakt, abzulehnen. Die daraus resultierende Unkenntlichkeit eines Gegenentwurfs zum dominanten Austeritätssparadigma war ein Problem im Bundestagswahlkampf. Diese Leerstelle konnte auch nicht durch die Forderungen des Wahlprogramms und die Positionierung des Kandidaten Peer Steinbrück für neue Formen transnationaler Haftung und Solidarität eingefangen werden.

Es ist das Grunddesign der Eurozone, das sich als unvollständig, krisenbehaftet und überarbeitungsbedürftig herausstellt. Der in Deutschland dominante Diskurs einer Konzentration auf „Defizitsünder“ und einseitiger Schuldzuweisungen an südeuropäische Länder in Refinanzierungsproblemen ist daher nicht zielführend. Denn seine Prämisse ist eine Funktionalität existierender Regeln, die im Reparaturmodus nur gestählt werden müssten. Genau die Funktionalität der Regeln ist aber nicht gegeben. Die Regeln sind vielmehr eine wesentliche Ursache des Problems: in Form der Vergemeinschaftung der Geldpolitik ohne tragfähige wirtschaftspolitische Koordinierung und der Schaffung einer Währungsunion ohne Fiskalunion. Doch es gibt im Fundus alternativer Politikkonzepte zahlreiche Vorschläge, diesen systemischen Defiziten der WWU beizukommen und zugleich die Konsequenzen einer verfehlten Austeritätspolitik zu mildern. Aber werden sie von der Politik hervorgeholt?

In vielen Staaten Europas richtet sich die Hoffnung in diesem Zusammenhang auf die Regierungsbeteiligung der deutschen Sozialdemo-

kraten. Die Koalitionsverhandlungen haben zum Ergebnis, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise stärker beachtet werden und das Wachstum gestärkt werden soll. Es ist der Verdienst der SPD, an die soziale und demokratische Dimension Europas zu erinnern. Allerdings konzentriert sich die Politik so auf die Milderung der negativen Effekte des bisherigen Krisenkurses, ohne ihn selbst zu verändern. Von der neuen Bundesregierung sind keine Initiativen zu gemeinschaftlicher Haftung, europäischem Schuldenmanagement und weitreichenden Investitions- und Wachstumsplänen zu erwarten. Die Freude in den Krisenstaaten am neuen deutschen Verständnis für die sozialen und politischen Nöte infolge der verordneten Austerität dürfte daher getrübt sein.

Doch es gibt eine zweite Chance, die Desiderata der Krisenbewältigung zu thematisieren: Im Mai 2014 finden die Wahlen zum europäischen Parlament statt und mehr als je zuvor sollen sie – dank der erstmaligen Anwendung des Vertrags von Lissabon – zeigen, dass sich auch auf der europäischen Ebene über die nationalen Grenzen hinweg organisierte Parteifamilien mit unterschiedlichen inhaltlichen Zielsetzungen und Politikkonzepten gegenüber stehen. Neben das Kümmern um die sozialen Folgen des Krisenkurses muss dann ein alternatives Modell treten. Ein solches alternatives Politikmodell muss insbesondere die nachfolgenden Fragen beantworten:

- Wie kann Europa wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren?
- Aus welchen Elementen muss die künftige soziale Dimension der EU bestehen, um die drohende Spaltung der EU in Kern und Peripherie infolge der Austerität abzuwenden?
- Mit welchen Instrumenten lässt sich die unvollständige Architektur der Eurozone in Richtung einer Fiskalunion weiterentwickeln?

- Wie kann die demokratische Verankerung der EU verbessert werden?

Um aus diesen Fragen ein sozialdemokratisches Narrativ für Europa abzuleiten, ist eine Auseinandersetzung mit den durchaus differierenden Perspektiven auf europäische Zielbestimmungen innerhalb der eigenen Parteifamilie ebenso vonnöten, wie die Prüfung, inwieweit sich dies mit den Ansprüchen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürgern an die europäische Integration deckt.

In diesem Schwerpunkt sollen die hier aufgeworfenen Fragen kritisch beleuchtet werden. Eine der zentralen Aufgaben stellt die schrittweise Generierung der einzelnen Kapitel einer sozialdemokratischen Erzählung für ein soziales und demokratisches Europa dar, die eine Alternative zum dominierenden Krisenkurs aufzeigt und über mitgliedstaatliche Grenzen hinweg konsensfähig ist. Nur so wird sich auch ein Potenzial entwickeln lassen, mit dem die Europawahl zugunsten der SPE entschieden werden kann.

Beiträge des Schwerpunkts

Klaus Busch diskutiert ausgehend von den sozialen Folgen der Austeritätspolitik, die zu hohen Arbeitslosenquoten, insbesondere unter Jugendlichen, wachsender Armutsgefährdung und der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse führt, die notwendigen Elemente einer europäischen Sozialdimension in den Bereichen Arbeit und Beschäftigung, Lohn und Einkommen sowie sozialer Sicherheit. Dazu stellt er ein zusammen mit Frank Bsirske entwickeltes Indikatoren- und Instrumentensystem für ein Europäisches Sozialmodell vor und identifiziert die Beharrungskräfte gegen einen Bruch mit dem derzeitigen marktliberalen Krisenkurs in Berlin und Brüssel.

Andrew Watt kritisiert die derzeitigen europäischen Krisenpolitiken, die einseitig auf die Konsolidierung der Haushalte durch Sparmaßnahmen setzen. Er fordert demgegenüber dazu auf, deutlich und entschlossen für ein solida-

risches Europa einzutreten und dies mit konkreten wirtschafts- und finanzpolitischen Vorstellungen zu untermauern. Hierzu skizziert er sowohl finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die direkt angegangen werden sollten, wie auch längerfristige Projekte, die auf grundsätzliche, strukturelle Veränderungen zielen.

Anneliese Dodds stellt aus britischer Perspektive dar, wie die dominierende und in den Krisenjahren erheblich verstärkte EU-Politik der Zurückdrängung demokratischen Einflusses auf die Wirtschaft zu massiven wirtschaftlichen und sozialen Problemen in Großbritannien geführt hat. Sie formuliert eine Strategie, wie die britische Labour-Party die vorhandenen europäischen Errungenschaften zum Schutz von Arbeitnehmer- und Verbraucherinteressen einsetzen sollte, um in der europaskeptischen britischen Öffentlichkeit im Europawahlkampf 2014 sozialdemokratische Perspektiven vermitteln zu können. Sie schlägt dafür Schritte zur Bekämpfung von Lohn-, Sozial- und Steuerdumping als Antwort auf die derzeitige britische und europäische Krisenpolitik vor, die nur greifen, wenn sie europäisch koordiniert werden.

Konstantin Vössing zeichnet den Krisenkurs in der Parteienlandschaft der Mitgliedstaaten nach und erörtert den Spielraum, den die sozialdemokratischen Parteien haben, um eine solidarische und integrative Krisenbewältigungsstrategie argumentativ zu vertreten. Dabei wird deutlich, dass sozialdemokratische Parteien mit der Forderung nach einer Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen des bestehenden institutionellen Gefüges einen schwierigen Stand haben. Hinzu kommen beachtliche Unterschiede im sozialdemokratischen Wählerspektrum in Bezug auf die Frage, ob der Grad der Vergemeinschaftung in der Europäische Union und der Sozialpolitik im Besonderen zunehmen sollte. Stärker in Betracht zu ziehen wären dagegen Forderungen und Argumentationsmuster, die die Solidarität zwischen Menschen und sozialen Gruppen in

den Vordergrund rücken und die Inhalte der Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Gegenstand haben.

Ulrike Guérot wirft einen Blick auf aktuelle Zielbestimmungen der SPD zu Europa und skizziert die Bausteine einer „sozialdemokratischen Utopie für die Eurozone“. Zentral dabei ist für sie eine Ablösung der bisherigen Governance-Struktur durch demokratische Strukturen, die den Weg für einen transnationalen Fiskalföderalismus freimachen könnten. An konzeptionellen Ideen für eine Vertiefung der europäischen Integration fehlt es ihrer Meinung nach nicht. Gerade im Hinblick auf die Europawahlen, aber auch die noch längst nicht bewältigte Krise der Eurozone kommt es für die SPD jetzt darauf an, sich mutig an die Spitze von weitreichenden Forderungen zur Behebung der Defizite der europäischen Architektur zu stellen.

Bernd Lange und *Nils Hindersmann* bewerten die Chancen der SPD bei der kommenden Europawahl. Ausgehend von der Analyse, dass Europa ein gutes Projekt und nur die europäische Politik schlecht ist, werden konkrete Vorschläge für mögliche Mobilisierungsthemen gemacht. Die besondere Herausforderung ist, eine politische Abgrenzung zur CDU/CSU zu finden, während man gemeinsam in einer Regierung verhaftet ist. Eine Chance liegt darin, mit Martin Schulz erstmals einen gemeinsamen Spitzenkandidat der SPE für das Amt des Kommissionspräsidenten zu präsentieren. Mit einer klaren sozialen Agenda und einem glaubwürdigen personellen Vorschlag für eine bessere Europapolitik, ist die SPD nach Ansicht der Autoren gut auf die Europawahl vorbereitet. ■

⇒ Ole Erdmann ist Vorsitzender des Kommunalen Begegnungswerks Europa e.V. und Mitglied der spw-Redaktion. Er lebt in Köln.

⇒ Dr. Björn Hacker ist Referent für europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin und Mitglied der spw-Redaktion.

⇒ Nils Hindersmann ist Gewerkschaftssekretär und kandidiert 2014 für das Europäische Parlament.

⇒ Sebastian Jobelius ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

⇒ Holger Schöneville ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Dortmund und Mitglied der spw-Redaktion.